



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Kultur und Partnerschaften
Sitzungstermin: Donnerstag, 20.11.2025
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:12 Uhr
Raum, Ort: Huldigungssaal, Rathaus, Eingang K, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Andrea Kabasci

Beschließende Mitglieder

Hiltrud Lotze

Dr. Corinna Maria Dartenne

Marianne Esders

Stefanie Filohn

Martin Lühmann

Pia Redenius

Patrick Schulze

Grundmandat

Frank Soldan

Vertretung für: Eike Freitag

Beratende Mitglieder

Diana Röttger-Teesalu

Vertretung für: Regina Ewe

Volker Geball

Barbara Schmidt

Verwaltung

Matthias Rink

Annette Beer-Kullin

Thomas Patzner

Karin Fischer

Katharina Künzel

Sebastian Prigge

Anke Plett

Gäste

Daniela Laudan, Vorsitzende Behindertenbeirat Stadt und Landkreis Lüneburg

Ingo Rippe, Ber 41

Dr. Heike Düselder, Museum Lüneburg

Dr. Alexandra Hentschel, Deutsches Salzmuseum
Prof. Dr. Johannes Prüter, Naturwissenschaftlicher Verein für das Fürstentum Lüneburg
Ulrich Mädge, Museumsverein für das Fürstentum Lüneburg
Jens-Peter Fiedler, Förderkreis Industriedenkmal Saline Lüneburg
Nicole Oberg, Museum Lüneburg

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 16.09.2025	
4	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil z.B. Barrierefreiheit in der Ratsbücherei	
5	Einwohnendenfragen	
6	Vorstellung und Diskussion des Gutachtens zur Museumsstiftung	
7	Museumsstiftung Lüneburg - Darstellung der finanziellen Situation 2025 & 2026 - Abschluss einer Zuschussvereinbarung	BV/12184/25
8	Institutionelle Förderung kultureller Einrichtungen in 2026 Beratung über vorliegende Anträge	BV/12153/25
9	Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur institutionellen Förderung von kulturellen Einrichtungen in Lüneburg vom 19.12.2024	BV/12150/25
9.1 (Nachtrag)	Änderungsantrag zur Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur institutionellen Förderung von kulturellen Einrichtungen in Lüneburg vom 19.12.2024 (Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2025)	BV/12150/25-1
10	Änderung der Richtlinie zur Benennung von Verkehrsflächen im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg vom 23.03.2023	BV/12151/25
11	Entsendung einer Delegation zum 46. Internationalen Hansetag in Stargard / Polen vom 11. - 14.06.2026	BV/12171/25
12	Anträge und Anfragen	
13	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Kabasci begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 16.09.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 16.09.2025 wird einstimmig ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	2

Zu TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil z.B. Barrierefreiheit in der Ratsbücherei

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink berichtet, die laufenden Projekte im Bereich Kultur, wie Stadtportal, Erinnerungskultur, Tunnelkonzerte, Kunstpause seien alle auf einem guten Weg. Über deren Sachstände und Fortschritte werde er im nächsten KPA berichten.

- Café des Städtenetzwerkes

Stadtrat Rink teilt mit, im nächsten Jahr sei ein Café des Städtenetzwerkes geplant, bei dem in Kooperation mit den Partnerstädten und den jeweiligen Partnergesellschaften sowie der LMG und den Hansestädten der Metropolregion Hamburg das Thema der Städtepartnerschaften an einem Sonntag auf dem Marktplatz präsentiert und der Stadtgesellschaft nähergebracht werden solle.

- TamTam

Stadtrat Rink berichtet, im TamTam, dem Theater am Markt, seien bereits mehr als 2.000 Besuche gezählt worden. Der Auslastungsgrad liege im Durchschnitt bei 82%.

- Delegationsreise Naruto

Stadtrat Rink informiert, dass es in der kommenden Woche eine Auswertungsveranstaltung mit den Reiseteilnehmenden der Delegationsreise nach Naruto im Oktober geben werde. In Naruto seien aktuell Bürgermeisterwahlen. Auf beiden Seiten sei bei dem Delegationsbesuch sehr deutlich gemacht worden, dass die Städtepartnerschaft weiterentwickelt und der Austausch mit weiteren Institutionen wie Feuerwehr, Sportvereinen, Musik u.a. auch unter Einbeziehung digitaler Vernetzungen intensiviert werden solle.

- Barrierefreiheit in der Kinder- und Jugendbücherei

Stadtrat Rink teilt mit, am heutigen Vormittag habe zur Klärung der Möglichkeiten eines behindertengerechten Zugangs für die Kinder- und Jugendbücherei dort eine Begehung stattgefunden.

Herr Patzner, Leiter der Ratsbücherei, stellt zwei mögliche Lösungsansätze für die Problematik vor. Zum einen könnte der bereits bestehende Lastenaufzug zu einem Personenaufzug umgebaut werden. Das würde allerdings einen sehr hohen Arbeits- und Kostenaufwand verursachen und einen massiven Eingriff in die denkmalgeschützte Bausubstanz bedeuten. Die Kostenschätzung liege bei über 500.000 €. Die zweite Idee sei das Aufstellen von zwei Hubliften, je einer im Erdgeschoss und im ersten Stockwerk. Die Kostenschätzung liege hierfür bei einem Zehntel der Kostenschätzung für den Umbau des Lastenaufzugs. Es gebe in der Bücherei dann immer noch einzelne Stufen zu überbrücken, hierfür müssten ggf. Kompromisse mit kleineren Rampen in Kauf genommen werden.

Herr Patzner beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder und von Frau Laudan, der Vorsitzenden des Behindertenbeirates, zu der Thematik.

Stadtrat Rink ergänzt, die Variante Umbau Lastenaufzug mit einem Kostenvolumen von über einer halben Mio. € wäre frühestens mit dem Haushalt 2027 realisierbar und beinhalte weitere technische Unwägbarkeiten, daher sollte diese zunächst nicht weiterverfolgt werden. Er werde gemeinsam mit Dezernat VI die bauliche Ausführung der Hubliftvariante besprechen und die Finanzierung sicherstellen. Im nächsten KPA werde er zum Fortgang des Projektes berichten.

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

Zu TOP 5 Einwohnendenfragen

Es liegen keine Einwohnendenfragen vor.

Zu TOP 6 Vorstellung und Diskussion des Gutachtens zur Museumsstiftung

Beratungsinhalt:

Frau Dr. Düselder, Direktorin Museum Lüneburg, trägt entsprechend der als Anlage beigefügten Präsentation vor. Im Vordergrund habe eine Potentialanalyse gestanden und nicht eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Museumsstiftung, die Entwicklung von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung oder Vorschläge zur Änderung der Personalstruktur. Sie stellt die von den Gutachtern vorgeschlagenen notwendigen Maßnahmen für das Museum Lüneburg, das Salzmuseum und die Museumsstiftung vor. Nach Übermittlung des Gutachtens an die Museumsstiftung Ende Mai 2025 sei bereits überlegt worden, welche Maßnahmen sinnvoll seien und was kurzfristig, mittelfristig und langfristig von den Vorschlägen umsetzbar sei. Eine Überprüfung und Anpassung der Preisstruktur und der Ausgaben für Energie und Reinigung / Betriebskosten seien daraufhin bereits erfolgt. Die Erstellung eines Zukunftskonzeptes mit Maßnahmen in den Handlungsfeldern Publikumsorientierung, Wissenschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Kosteneffizienz, Gemeinwohl-Ökonomie sei begonnen und die inhaltliche Überarbeitung des Konzeptes Museum Lüneburg sei gestartet worden. Es habe zudem inzwischen Gespräche mit Lüneburger Schulen zur Gründung von Bildungspartnerschaften sowie mit der Lüneburg Marketing Gesellschaft und der Sparkassenstiftung gegeben.

Stadtrat Rink ergänzt, die Ergebnisse des Gutachtens seien vom Stiftungsrat und Stiftungsvorstand konstruktiv kritisch begleitet worden und es seien viele Ideen zur Umsetzung eingebracht worden. Er habe den Eindruck und die Hoffnung, dass das Museum auf dem richtigen Weg sei und es seien ähnlich konsequente Entscheidungen zu treffen, wie sie auch beim Theater getroffen werden mussten. Dem Museum müsse die gleiche Chance eingeräumt werden, wie sie dem Theater gegeben wurde.

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

Anlage 1 Präsentation KPA_2025_11_20_TOP 6

Zu TOP 7 Museumsstiftung Lüneburg

- Darstellung der finanziellen Situation 2025 & 2026
- Abschluss einer Zuschussvereinbarung
BV/12184/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften empfiehlt dem Verwaltungsausschuss / Rat einstimmig bei einer Enthaltung, im dritten Absatz des Entwurfs der Patronatserklärung den Satzteil „nach Maßgabe des städtischen Haushalts“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften empfiehlt dem Verwaltungsausschuss/Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt

1. einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 1,65 Mio. € ab dem 01.01.2026 bis zum 31.12.2030 unter Berücksichtigung der in der Zuschussvereinbarung geregelten Dynamisierung zu zahlen.
2. die angehängte Zuschussvereinbarung unter Berücksichtigung des unter Nr. 1 beschlossenen jährlichen Zuschusses abzuschließen.
3. die angehängte Patronatserklärung ohne den Satzteil „nach Maßgabe des städtischen Haushalts“ im dritten Absatz abzuschließen.
4. der Museumsstiftung in 2025 einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 250.000 € aus bestehenden Haushaltsresten zur Deckung des negativen Jahresergebnisses auszahlend.

Die Deckung der zusätzlich benötigten Mittel in 2026 erfolgt durch Bildung eines Haushaltsrestes im Rahmen des Jahresabschlusses 2025.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erläutert die Vorlage. Bei Betrachtung der Finanzen des Museums der letzten 10 Jahre sehe man einerseits die Gründe für die entstandenen Defizite, andererseits werde aus den Gesprächen jetzt klar, was bereits passiert ist und noch geschehen müsse und werde, wenn man an einem Strang ziehe. Daher empfehle die Verwaltung, die Zuschussvereinbarung für 5 Jahre abzuschließen, mit einer Zuschusserhöhung mit fairen Steigerungen z.B. im Bereich der Personalkosten, die vom Museum wenig beeinflussbar seien. Wichtig sei ihm, dass dabei eine gewisse Parallelität zu den Vereinbarungen bestehe, die der Rat für das Theater beschlossen hat. Dem Stiftungsrat und -vorstand war es auch wichtig, deutlich zu machen, dass es Säulen gebe, die nicht zwingend monetarisierbar seien, aber für die Stadtgesellschaft und insbesondere für die Bildung der Kinder und Jugendlichen einen unschätzbaren Wert hätten.

Ratsfrau Dr. Dartenne betont die Notwendigkeit, das Museum zu unterstützen. Da es sich hier um freiwillige Leistungen der Stadt handle, die sehr hoch seien, frage sie, was von Seiten der Politik getan werden könne, damit auch die kleineren kulturellen Institutionen noch in ausreichendem Umfang gefördert werden können. Weiterhin frage sie, um was für Haushaltsreste in Höhe von 250.000 € es sich handle, die jetzt dem Museum noch zur Verfügung gestellt werden sollen und ob auch für die kleineren Kulturinstitutionen noch Haushaltsreste zur Verfügung stehen könnten.

Stadtrat Rink antwortet, die Rückstellung des Haushaltsrestes von 250.000 € für die Museumsstiftung habe der Rat mit der Beschlussfassung zum letzten Jahresabschluss beschlossen und damit entsprechende Vorsorge getroffen. Es gebe allgemein bekannte Gründe für das Haushaltsdefizit der Stadt. Durch die notwendige Konsolidierung dürfe jedoch nicht das kaputtgespart werden, was das Leben in dieser Stadt ausmache, u.a. Kultur, Sport und vielfältiges soziales Engagement. Es sei ihm in seiner Rolle als Stadtkämmerer und Kulturdezernent wichtig, Wege zu finden, diese beiden Notwendigkeiten gegeneinander abzuwägen und er habe es bisher dennoch gut geschafft, die Kultur und den Sport in der Hansestadt finanziell zu unterstützen.

Frau Dr. Düselder stellt die finanzielle Situation 2025 & 2026 der Museumsstiftung Lüneburg sowie die Alleinstellungsmerkmale, Highlights, Zielgruppen und Inhalte des Museums Lüneburg anhand der als Anlage beigefügten Präsentation (Seiten 1-4) vor.

Frau Dr. Hentschel, Leiterin Salzmuseum, ergänzt Ziele, Zielgruppen und Programm des Salz museums und berichtet über die Erneuerung der Öffentlichkeitsarbeit und die Rezertifizierung des Museums entsprechend der als Anlage beigefügten Präsentation (Seiten 5-6) Sie beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Dr. Düselder fährt fort mit der Vorstellung des Zukunftskonzeptes (s. Anlage Präsentation ab Seite 7), beginnend mit der Definition von Handlungsfeldern und Zielen der Museumsstiftung und dem jeweiligen Umsetzungsstand sowie den möglichen Einspar- oder Mehreinnahmepotentialen. Nicht in Geld zu messen sei der Beitrag des Museums zur Gemeinwohl-Ökonomie, der für die Stadtgesellschaft von unschätzbarem Wert sei. Sie stellt anschließend die finanzielle Situation der Museumsstiftung in 2025 und den Wirtschaftsplan 2026 vor und gibt einen Rückblick auf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Jahre 2015 – 2025.

Herr Prigge, Fachbereichsleiter 20, erläutert die Beschlussvorlage und stellt die Kernpunkte der Zuschussvereinbarung und der Patronatserklärung vor (s. Seite 19 der Anlage). Die existierende Patronatserklärung enthalte einen festgelegten Betrag. In der neuen Patronatserklärung solle davon Abstand genommen und nur noch auf die gültige Zuschussvereinbarung verwiesen werden, die sämtliche Modalitäten konkret regelt. In der neuen Patronatserklärung solle insbesondere auch die Verantwortlichkeit der Stadt gegenüber der Museumsstiftung zum Ausdruck gebracht und bekräftigt werden, dass die Stadt einen qualitätvollen Museumsbetrieb nach den Zertifizierungsvorgaben des Landesverbandes für Museen erwirken möchte.

Ratsfrau Lotze unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass ein Museum sich nicht wirtschaftlich selbst tragen könne, dass mit Kostensteigerungen zu rechnen sei und in der Folge die Zuschussbeträge angehoben werden müssten. Die Sanierung des Salz museums sei im Übrigen zwingend geboten, damit das vorgestellte Konzept aufgehe. Auch mit der Auszahlung des Haushaltsrestes von 250.000 € in 2025 sei ihre Fraktion einverstanden. Nach den Debatten der letzten drei Jahre brauche die Museumsstiftung jetzt eine Sicherheit, um sich wieder auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren zu können.

Ausschussvorsitzende Kabasci begrüßt ebenfalls die Beschlussempfehlung der Verwaltung, der Museumsstiftung in den kommenden Jahren jeweils einen Zuschuss von 1,65 Mio. € plus Dynamisierung für die Tarifierhöhungen zu gewähren. Die konzeptionellen Überlegungen seien ebenfalls begrüßenswert. Sie befürwortet, den Sonderausstellungen im Museum Lüneburg wortwörtlich mehr Raum zu bieten, damit diese für die Besuchenden attraktiver seien und eine höhere Wertigkeit ausstrahlen. Sie mahnt fehlende Barrierefreiheit im Museum an und regt die Zahlung des Mindestlohnes auch für die als Werkstattbeschäftigte angestellten Menschen an.

Ratsfrau Esders betont, das Museum habe in Lüneburg einen hohen Stellenwert nicht nur als Ort der Geschichte, sondern auch als Treffpunkt und Ort der Demokratiebildung. Sie fragt, ob bei einem Zuschuss von 1,65 Mio. € weiterhin Personal reduziert werden müsse, sodass die inhaltliche Kernarbeit darunter leiden würde. Sie plädiert dafür, gemeinsam dafür zu sorgen, dass das Museum gut arbeiten könne.

Ratsherr Soldan sieht für das Museum einen Mangel an Räumen für Sonderausstellungen oder für Veranstaltungen. Er freue sich, dass in der Zuschussvereinbarung konkrete Zahlen festgeschrieben werden sollen. Aus diesem Grund frage er sich, weshalb in dem Entwurf der Patronatserklärung im dritten Absatz der einschränkende Zusatz „nach Maßgabe des städtischen Haushaltes“ stehe und welche Formulierung am Ende gültig sei.

Stadtrat Rink erklärt, die Entwürfe zur Zuschussvereinbarung und zur Patronatserklärung seien

von einem unabhängigen Juristen auf Rechtmäßigkeit überprüft und für juristisch einwandfrei erklärt worden. Er sehe in der Formulierung keinen Widerspruch, sondern die Patronatserklärung setze bewusst den Kontext zu der Zuschussvereinbarung, in der die zur Verfügung stehenden Mittel des städtischen Haushaltes konkret definiert würden. So müsse nicht permanent die Patronatserklärung neu beschlossen werden, sondern nur die Zuschussvereinbarung zur Konkretisierung der Patronatserklärung. Eine Streichung des Halbsatzes betrachte er als unnötig.

Frau Dr. Düselder antwortet Frau Esders, dass der jetzt bestehende Personalbestand bei einem Zuschuss von 1,65 Mio. € erhalten werden könne. Herrn Soldan antwortet sie, das Museum wünsche sich auch mehr Raumkapazitäten, das würde aber auch mehr Personal und mehr Betriebskosten bedeuten.

Ratsfrau Dr. Dartenne bekräftigt, das Gutachten und die Debatten hätten etwas bewirkt. Es sei deutlich geworden, dass in der Arbeit der Museumsstiftung jetzt innovative Ansätze vorhanden seien. Noch mehr würde sie sich freuen, wenn in der Zukunft auch auf dem Museumsdach eine Photovoltaik-Anlage installiert werden würde.

Frau Fischer, Gleichstellungsbeauftragte, hebt die Bedeutung der Museen aus Gleichstellungsperspektive hervor. Sie nutze die Räumlichkeiten gern für öffentliche Veranstaltungen und würde sich ebenfalls mehr Raumkapazitäten für Wander- und Sonderausstellungen wünschen, um mehr Zielgruppen ansprechen zu können.

Herr Mädge, Museumsverein für das Fürstentum Lüneburg, teilt mit, dass die Fördervereine der Museen zukünftig vermehrt Sonderausstellungen fördern und sich im Krügerbau auch finanziell engagieren wollen, um dort Räume für Ausstellungsprojekte zu schaffen. Diese Mittel könnten dort nur investiert werden, wenn das Fortbestehen des Museums finanziell abgesichert sei. Der Halbsatz „nach Maßgabe des städtischen Haushalts“ sei damals in die Patronatserklärung aufgenommen worden, um zu verdeutlichen, dass der Zuschuss nicht am Haushaltsplan vorbei gezahlt werden dürfe, um das Haushaltsdefizit zu verringern, sondern die Mittel im Haushaltsplan abgebildet werden müssen.

Herr Prof. Dr. Prüter, Naturwissenschaftlicher Verein für das Fürstentum Lüneburg, freut sich, dass die langwierigen Diskussionen um die Förderung der Museumsstiftung jetzt abgeschlossen werden können. Er warnt davor, im Zusammenhang mit Sparoptionen die absolut zukunftsweisende Struktur der konzeptionellen Verbindung von Natur und Kultur im Museum Lüneburg in Frage zu stellen. Lüneburg als Zentrum von Großlandschaften mit internationaler Anerkennung müsse über das Museum die Verbindung in die Region zu den kleineren Museen halten und sich an der Diskussion um die Nachhaltigkeit beteiligen, um die größeren Probleme der Zukunft mit anzugehen, die nicht nur auf städtischer Ebene lösbar seien.

Herr Fiedler, Förderkreis Industriedenkmal Saline Lüneburg, betont ebenfalls die Notwendigkeit für die Zuschussvereinbarung in der vorgeschlagenen Höhe, damit es nicht zu Personalreduzierungen komme, die zwangsläufig zu einer Einschränkung des Angebotes führen müssten, obwohl bei der geplanten Sanierung des Salzmuseums viel Arbeit anstehe, die ohne ausreichend Personal nicht zu bewältigen wäre. Der Förderkreis sei bereit, die neue Ausstellungskonzeption tatkräftig und finanziell im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

Ratsherr Lühmann beantragt, in der Patronatserklärung den Halbsatz „nach Maßgabe des städtischen Haushalts“ zu streichen, denn er lese daraus, dass weniger Zuschuss gezahlt werden könne, wenn der Haushalt die Summe nicht mehr hergebe.

Stadtrat Rink spricht sich ausdrücklich gegen die Streichung des Halbsatzes aus. Dieser sei auch in der ursprünglichen Fassung der Patronatserklärung enthalten gewesen. Der Satz stehe im direkten Kontext mit der in der Zuschussvereinbarung festgelegten Summe und besage, dass der Zuschuss im Haushaltsplan der Hansestadt Lüneburg erscheinen müsse. Es würde hier eine konkrete Zuschuss-

vereinbarung für 5 Jahre festgelegt. Er sehe da keinen Widerspruch.

Frau Dr. Düselder beantwortet Nachfragen der Ausschusmitglieder zu den durchschnittlichen Kosten einer Sonderausstellung und der Höhe des jährlichen Zuschusses vom Landkreis Lüneburg.

Stadtrat Rink teilt mit, für das Koordinierungstreffen mit dem Fördermittelgeber gebe es folgende vier Terminvorschläge: 25.11.2025, 27.11.2025, 02.12.2025 und 04.12.2025. Zurzeit werde noch auf die Zusage für einen der Termine durch den Fördermittelgeber gewartet.

Anlage 1 Präsentation KPA_2025_11_20_TOP 7

Zu TOP 8 Institutionelle Förderung kultureller Einrichtungen in 2026
Beratung über vorliegende Anträge
BV/12153/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften empfiehlt dem Verwaltungsausschuss/Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Verein lunatic e.V. soll für das Jahr 2026 ein Zuschuss in Höhe von 11.000 € bewilligt werden.

Die übrigen antragstellenden Institutionen (Anträge IF2026-1 bis IF2026-15) sollen im Jahr 2026 jeweils mit 100% ihrer förderwürdigen Antragssumme (siehe Anlage 1, Spalte 7) gefördert werden.

Für das damit entstehende Defizit im Budget 41020 in Höhe von 90.292 € soll eine Deckung aus Haushaltsresten zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erläutert kurz die Vorlage. Der Vorschlag der Verwaltung zur Aufteilung des zur Verfügung stehenden Budgets von 200.000 € diene als Diskussionsgrundlage für den Ausschuss.

Ratsfrau Dr. Dartenne dankt für die Vorprüfung der Anträge und den Verteilungsvorschlag der Verwaltung. Bei dem Antrag der Halle für Kunst sei ihr aufgefallen, dass diese ihren Finanzbedarf hauptsächlich über geplante Anträge bei vielen anderen Stiftungen dargestellt habe. Dies sei beunruhigend, da hier noch 200.300 € offenbar nicht finanziert seien. Sie bitte dazu um Informationen zum aktuellen Sachstand. Den Vorschlag der Verwaltung, den lunatic e.V. in 2026 nicht zu fördern, könne ihre Fraktion nicht unterstützen. Das lunatic-Festival habe eine sehr große Strahlkraft weit über die Universität und die Stadt Lüneburg hinaus. Auch wenn das Festival im nächsten Jahr nicht stattfinden werde, solle dem Verein die Möglichkeit gegeben werden, in 2026 seine Arbeit auf die Neuausrichtung zu konzentrieren. Daher schlage sie für lunatic e.V. eine Förderung in Höhe von 11.000 € vor. Für die übrigen Anträge müsste dann schweren Herzens das „Gießkannenprinzip“ angewendet werden. Besser wäre es jedoch, wenn alle übrigen Antragstellenden mit den vollen förderwürdigen Antragssummen berücksichtigt werden könnten und für die Deckung des damit entstehenden Defizits im Budget von rd. 95.000 € ein Haushaltsrest gefunden werden könne.

Stadtrat Rink weist darauf hin, dass der Rat sowohl eine Förderrichtlinie als auch ein Budget für die Förderung kultureller Institutionen beschlossen habe. Das Budget von 200.000 € sei zusätzlich auch mit dem Ratsbeschluss zur Haushaltssatzung 2025/2026 festgelegt worden, trotz der angespannten Haushaltslage. Genau dieses Budget stehe für die institutionelle Förderung zur Verfügung.

Ratsherr Soldan weist in Bezug auf lunatic e.V. darauf hin, dass dieser bereits seit 3 Jahren an einer Neuausrichtung arbeite. Der Wirtschaftsplan weise für 2026 keinerlei Ausgaben für Veranstaltungen aus. Es sei nicht einzusehen, dass die Stadt diesen „Change-Prozess“ mit Honoraren für Projektleitung des Change-Prozesses, Steuerberatung usw. für ein weiteres Jahr aus städtischen Mitteln unterstütze. Mit diesen Mitteln sollten stattdessen andere Institutionen gefördert werden, die im nächsten Jahr tatsächlich Projekte für die Stadtgesellschaft durchführen.

Ratsfrau Lotze schließt sich dem Vorschlag an, lunatic e.V. dieses Mal nicht zu fördern. In Bezug auf Salon Hansen fragt sie, ob ein Teil der beantragten Summe aus dem Jugendhilfe-Etat bezuschusst werden könnte, da der Salon Hansen neben der Kulturarbeit auch klassische Jugendarbeit mache. Ansonsten sei sie auch der Meinung, dass die von der Verwaltung als förderfähig festgestellten Antragssummen im vollen Umfang bewilligt werden sollten, sofern für das Defizit von knapp 80.000 € eine Deckung gefunden werden könne.

Stadtrat Rink sagt zu, bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses die Frage zu klären, ob der Salon Hansen zum Teil aus dem Jugendhilfe-Etat gefördert werden könne.

Ausschussvorsitzende Kabasci berichtet, die Stadt fördere die Jugendarbeit des Salon Hansen bereits durch Finanzierung einer halben Stelle aus dem Jugendhilfebereich im Rahmen des Konzeptes Dezentrale Häuser der Jugend. Darüber hinaus gebe es in der Jugendhilfe keinen Förderpotenzial wie im Kulturbereich.

Ratsfrau Esders spricht sich für eine Förderung von lunatic e.V. aus, da der Verein einen großen Beitrag zu den Veranstaltungen in der Stadt leiste. Es liege im Übrigen in der Verantwortung des Rates, über eine Änderung des Budgets zu entscheiden, wenn dies notwendig sei. Sie schlägt vor, aufgrund des ablehnenden Ratsbeschlusses zur Fahrradringstraße frei gewordene Gelder für die Kulturförderung umzuwidmen.

Stadtrat Rink verneint dies mit dem Hinweis, bei den Mitteln für die Fahrradringstraße handele es sich um investive Mittel. Die Fördermittel seien konsumtive Mittel, die aus dem Ergebnishaushalt ausgeglichen werden müssten. Er weist nochmals eindringlich auf den vom Rat beschlossenen Doppelhaushalt und die ebenfalls vom Rat beschlossene Förderrichtlinie mit einem Finanzvolumen von 200.000 € hin. Es sei nicht sinnvoll, sich jetzt nicht an diese beschlossenen Regeln zu halten. Der Haushalt schließe auch in diesem Jahr wieder mit einem erheblichen Defizit ab. Die positive Botschaft sei doch, dass die Hansestadt Lüneburg sich dennoch eine Kulturförderung in Höhe von 200.000 € leiste.

Ratsfrau Dr. Dartenne bittet die Verwaltung nochmals nachdrücklich, zu prüfen, ob eine Deckung des entstehenden Defizits aus dem Ergebnishaushalt möglich wäre. Der Rat habe die Befugnis darüber zu entscheiden und seine Beschlüsse ggf. zu revidieren, wenn dies notwendig sei. Es sei wichtig, dass die Antragstellenden die vollen förderwürdigen Antragssummen erhielten, wenn dies irgendwie umsetzbar sei. Die Kulturinstitutionen seien wichtig, um Demokratie lebendig zu halten und es sollte vermieden werden, bei allen vorliegenden Anträgen um 30% kürzen zu müssen.

Stadtrat Rink äußert nochmals Bedenken. Sollte der Rat einen entsprechenden Beschluss fassen, werde er diesen selbstverständlich umsetzen.

Ratsfrau Esders beantragt eine Unterbrechung der Sitzung, damit sich die Fraktionen beraten können.

Ausschussvorsitzende Kabasci unterbricht die Sitzung bis 18:30 Uhr.

Ausschussvorsitzende Kabasci stellt nach Wiederaufnahme der Sitzung die erzielte Einigung vor. Diese sehe vor, dass lunatic e.V. im Jahr 2026 mit 11.000 € gefördert werden solle, die übrigen antragstellenden Institutionen sollen im Jahr 2026 mit 100% der förderwürdigen Antragssummen gefördert werden. Dadurch entstehe ein Defizit von 90.292 €. Die fehlenden Mittel sollen aus Haushaltsresten zur Verfügung gestellt werden.

Zu TOP 9 Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur institutionellen Förderung von kulturellen Einrichtungen in Lüneburg vom 19.12.2024
BV/12150/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften vertagt den TOP einvernehmlich auf seine nächste Sitzung.

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink teilt mit, die Förderrichtlinie solle an die Rahmenförderrichtlinie, die es bei der Stadt gebe, angepasst werden und sehe auf der Basis der Evaluation der eingegangenen Anträge Verfahrensvorschläge vor. Es handele sich um einen Vorschlag, der vom Ausschuss verändert oder auch abgelehnt werden könne.

Frau Beer-Kullin, Bereichsleiterin 41, stellt die vorgeschlagenen Änderungen ausführlich vor. Auf Basis der Änderungen plane die Verwaltung, die Antragsformulare zu überarbeiten. Dabei müsse auch eine Form gefunden werden, wie künftig Eigenmittel, die z.B. in Form von Eigenleistungen wie Ehrenamtsstunden erbracht werden, sowie vorhandene Rücklagen abgefragt werden. Sie betont, der Umfang der überarbeiteten Richtlinie sei im Vergleich zur aktuell geltenden Richtlinie gleichgeblieben. Ein großer Teil der Änderungen beruhe auf redaktionellen Verschiebungen. Die wichtigsten inhaltlichen Änderungen seien:

- die Festlegung der Methode zur Aufteilung der Fördermittel, sofern die Gesamtantragssumme die vorhandenen Fördermittel übersteige;
- die Festlegung einer maximalen jährlichen Fördersumme pro Antragstellenden auf 20.000 €, damit die Kulturlandschaft breiter gefördert werden könne und nicht einige größere Institutionen den größten Teil der Mittel binden;
- Definition des Begriffs „angemessene“ Eigenmittel auf 10% der Gesamteinnahmen. Als Rechengröße zur Feststellung des monetären Wertes von Ehrenamtsstunden, die zu den Eigenmitteln gerechnet werden, werde hier der Mindestlohn vorgeschlagen.
- Vorbehalt der Zustimmung durch die Verwaltung bei der Bildung von Rücklagen ab einer bestimmten Höhe, um zu verhindern, dass die Zuschüsse an Institutionen ausbezahlt werden müssen, die keinen Förderbedarf mehr haben.
- Zugrundelegung des kompletten Haushalts- oder Wirtschaftsplans der antragstellenden Institution.

Aus den vorgestellten Änderungen würde sich die Konsequenz ergeben, dass die antragstellenden Institutionen nicht parallel noch Projektförderung für einzelne Projekte beantragen müssten/könnten, da die komplette Arbeit der Institution im Wirtschaftsplan bereits enthalten sei. Auch Anträge, die sich nur auf einzelne Bereiche wie Miete oder Personalkosten beziehen, seien

dann nicht mehr möglich. Bei der institutionellen Förderung werde das Defizit der gesamten Institution betrachtet und abgewogen, wieviel die Stadt bezuschussen könne.

Ratsfrau Dr. Dartenne weist darauf hin, dass bereits bei der Beratung zu der Richtlinie im vergangenen Jahr die Festlegung einer maximalen Fördersumme vom Ausschuss abgelehnt worden war. Dem Vorschlag könne auch jetzt nicht zugestimmt werden, denn über die Höhe der Fördersummen entscheide allein der Rat. Aus dem gleichen Grund werde auch die Festlegung des Gießkannenprinzips als Eingriff in die Entscheidungskompetenz der Ratsmitglieder wahrgenommen. Ihre Fraktion habe einen Änderungsantrag (s. Anlage) zu der Richtlinie ausgearbeitet, aus dem ihre Kritikpunkte deutlich werden und bitte darum, die Überbürokratisierung des Änderungsvorschlages der Verwaltung abzulehnen.

Stadtrat Rink verwahrt sich gegen den Vorwurf, die Verwaltung würde die Antragstellenden mit Überbürokratisierung knebeln wollen. Es handele sich hier um einen Vorschlag der Verwaltung, über den sachlich diskutiert werden sollte. Die Verwaltung werde die Entscheidung des Rates letztlich zu 100% umsetzen.

Ratsfrau Lotze teilt mit, auch ihre Fraktion könne die vorgeschlagenen Änderungen nicht mittragen. Diese hätten weitreichende Auswirkungen, insbesondere die Festlegung der Maximalfördersumme auf 20.000 €. Die Kultureinrichtungen sollten gestützt, gestärkt und nicht gefährdet werden. Beispielsweise wäre im Fall der Kunstschule Ikarus dann zu klären, ob und wie diese weiterhin im bewährten Umfang arbeiten könne. Der Änderungsantrag der Grünen sei zu kurzfristig vorgelegt worden, um sich damit ausführlich beschäftigen zu können. Von Seiten ihrer Fraktion bestehe zu dem Thema noch Beratungsbedarf, daher beantrage sie Vertagung des Themas auf die nächste Sitzung des KPA.

Frau Beer-Kullin ergänzt zur Klarstellung, dass es im Sinne der Antragstellenden sei, dass bei institutioneller Förderung nicht parallel noch Projektförderanträge gestellt werden müssen, da im Wirtschaftsplan die komplette Arbeit der Institution bereits enthalten sei und die Einnahmen und Ausgaben nicht auf unterschiedliche Projekte aufgeteilt und umgerechnet werden müssen.

Ratsherr Soldan betrachtet die vorgeschlagene Begrenzung auf max. 20.000 € Förderung als zu hart, auch wenn die dahinterstehende Absicht verständlich sei. Hier könnten als Öffnungsklausel die Worte „in der Regel“ ergänzt werden. Die Verwaltung müsse im Übrigen jedoch wenigstens einen Vorschlag machen können, wie die begrenzten Mittel verteilt werden können. Er unterstütze ebenfalls den Antrag auf Vertagung des Themas auf die nächste Sitzung.

Ratsfrau Redenius gibt Exemplare des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen an die übrigen Ausschussmitglieder und die Verwaltung weiter. Damit ist der Antrag eingereicht. Einer Vertagung stimme sie ebenfalls zu.

Anlage 1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen zu TOP 9 Richtlinie institutionelle Förderung

**Zu TOP 9.1 Änderungsantrag zur Änderung der Richtlinie über die Gewährung von
Zuwendungen zur institutionellen Förderung von kulturellen Einrichtungen
in Lüneburg vom 19.12.2024 (Änderungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 19.11.2025)
BV/12150/25-1**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften vertagt den Änderungsantrag gemeinsam mit

TOP 9 einvernehmlich auf seine nächste Sitzung.

**Zu TOP 10 Änderung der Richtlinie zur Benennung von Verkehrsflächen im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg vom 23.03.2023
BV/12151/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften empfiehlt dem Verwaltungsausschuss/Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Richtlinie zur Benennung von Verkehrsflächen im Stadtgebiet der Hansestadt Lüneburg vom 23.03.2023 wird in der Fassung der 1. Änderung vom beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Frau Beer-Kullin erläutert die vorgeschlagenen Änderungen.

**Zu TOP 11 Entsendung einer Delegation zum 46. Internationalen Hansetag in Stargard / Polen vom 11. - 14.06.2026
BV/12171/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Zum 46. Internationalen Hansetag in Stargard (Polen) entsendet die Hansestadt Lüneburg eine offizielle Delegation bestehend aus Oberbürgermeisterin Frau Kalisch/dem Kulturdezernenten, bis zu 6 Vertreter:innen des Stadtrates, bis zu 2 Jugendhansemitgliedern und 2 Hansegildemitgliedern (für die die Reise- und Hotelkosten in Höhe von 50 % übernommen werden).

Folgende Ratsmitglieder werden als Teilnehmende benannt:

1. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: _____
2. CDU-Fraktion: _____
3. SPD-Fraktion: _____
4. FDP-Fraktion: Herr Soldan
5. AfD-Fraktion: _____
6. Gruppe Die Partei/Die Linke: _____

Die Auslandsreise für die von den Fraktionen/Gruppe benannten Ratsmitglieder wird genehmigt.

Für Oberbürgermeisterin Frau Kalisch / Stadtrat Herrn Rink wird die Teilnahme als Auslandsdienstreise genehmigt.

Die Hansestadt Lüneburg wird eine/n Künstler:in auswählen und zur Teilnahme an den hanse-ARTworks entsenden. Zusätzlich wird die Verwaltung eine/n Musiker:in auswählen, die/der am Orgelfestival teilnehmen kann. Für diese werden die Kosten der Reise und Teilnehmergebühren von der Hansestadt Lüneburg vollständig getragen.

Pro Ratsmitglied wird eine selbst zu tragende Kostenbeteiligung in Höhe von 0 Euro beschlossen.

Der Ausschuss für Kultur und Partnerschaften empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Hansestadt Lüneburg mehrheitlich, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Siedehütte wird aus Kostengründen nicht zum Hansetag in Stargard 2026 mitgeführt.

Abstimmungsergebnis zur Entsendung von bis zu 6 Vertreter:innen des Stadtrates:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Abstimmungsergebnis zur Entsendung von bis zu 2 Jugendhansemitgliedern und 2 Hansegildmitgliedern:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis Absätze 1 – 5 der Beschlussempfehlung mit den vorher beschlossenen Teilnehmerzahlen:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis zu 0 € Kostenbeteiligung:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	1

Abstimmungsergebnis zum Ergänzungsantrag Mitführen der Siedehütte:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Enthaltung:	1

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink erklärt, die Stadt Stargard habe nicht in ausreichender Zahl Hotelzimmer für die Teilnehmenden und Gäste beim Hansetag 2026, daher müsse die Verwaltung außerhalb von

Stargard Hotelzimmer buchen, möglicherweise in Stettin. Um die Buchungen frühzeitig vornehmen zu können, müsse schon jetzt die Anzahl der Mitreisenden festgelegt werden.

Ratsfrau Lotze plädiert dafür, die Siedehütte und den Salzsieder nach Stargard mitzunehmen. Das sei ein absoluter Publikumsmagnet und lohne sich trotz des hohen Arbeitsaufwandes auf jeden Fall. In der Frage der Kostenbeteiligung der Delegierten spreche sie sich weiterhin dafür aus, die Reise- und Teilnahmekosten für die Ratsmitglieder wie in den vergangenen Jahren in vollem Umfang zu übernehmen, damit diese unabhängig von ihren persönlichen Einkommensverhältnissen die Gelegenheit haben, als Delegierte mitzufahren.

Ratsherr Soldan schließt sich seiner Vorrednerin an. Die Umsetzung sei allerdings eine Frage des Budgets.

Ratsfrau Dr. Dartenne fragt nach den konkreten Kosten für die Umsetzung der einzelnen Beschlusspunkte, wie Mitnahme von Künstler:innen zu HanseArtWorks und Musiker:innen zum Orgelfestival, was alles wünschenswert sei, aber ohne Zahlen schwierig zu entscheiden sei.

Frau Beer-Kullin teilt mit, für die Siedehütte würde viel mehr Personal zum Transport, Aufbau und Betrieb benötigt, sowie 2 LKW mit Mietkosten von je 1.000 €, weil die Hütte aufgrund ihres Gewichts auf 2 LKW verteilt werden müsse. Die zusätzlichen Kosten für die Mitnahme der Siedehütte schätze sie auf mindestens 4.000 €. Sie würde die Siedehütte gern erst im darauffolgenden Jahr nach Braunschweig wieder mitnehmen.

Ratsfrau Esders fragt, ob das Budget ohne die Mitnahme der Siedehütte für die übrigen in der Vorlage vorgeschlagenen Punkte auskömmlich sein werde. Dann würde sie vorschlagen, die Siedehütte dieses Mal nicht mitzunehmen.

Frau Beer-Kullin bejaht dies.

Ausschussvorsitzende Kabasci schlägt vor, über die Punkte, zu denen im Beschlussvorschlag Lücken gefüllt werden sollen, einzeln abzustimmen und auch über die Frage abzustimmen, ob die Siedehütte mitgenommen werden solle.

Ratsherr Soldan meldet im Anschluss an die Abstimmung seine Teilnahme als Delegierter für die FDP-Fraktion an.

Zu TOP 12 Anträge und Anfragen

Liegen nicht vor.

Zu TOP 13 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Liegen nicht vor.

Andrea Kabasci
Bündnis 90/ Die Grünen

Matthias Rink

Anke Plett